Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.

Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, und in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11-½1 Uhr Mittags.

Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pf., für Familiennachrichten 2c.) bez. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß:
Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.

Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden

Mollige Schlafröcke!
Schlafrock-Meyer, nur Frauenstr. 7

Wegen **vollständiger Aufgabe** der
Tuch-Handlung
Schreibergasse 2
alle Preise ganz bedeutend herabgesetzt,
theils unter Kostenpreisen.

Wilh. Böhme
Inhaber: **Carl Lamprecht**
Tuchhandlung, Scheffelstrasse 6.
Grösstes Lager in **echt englischen** u. **deutschen Paletot-, Anzug-** und **Hosenstoffen.**

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Photogr. Atelier „Adèle"
(Inh.: A. verw. Rosenkranz)
Striesenerplatz 11. Filiale: Weisser Hirsch
hält sich bestens empfohlen.
Visit 1 Dutzend 6 Mark.
Cabinet 1 „ 18 „

Tuchwaaren. Lager hochfeiner deutscher und englisch. eleganter Anzug-, Hosen- und Paletotstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. **Pörschel & Schneider** Scheffelstrasse 19.

Nr. 341. Spiegel: Marinedebatte im Reichstage. Hofnachrichten. Ergebnisse der Staatsbahnen. Aerztliche Honorare. Gewerbeverein. Radfahrerbund. Liedertafel-Concert. Kupferstichkabinet. | Muthmaßliche Witterung: Aufbessernd. | **Donnerstag, 9. Dezember 1897.**

Politisches.

Der zweite Tag der Berathung des Flottengesetzes im Reichstage brachte nach dem Vorpostengeplänkel des ersten Tages das Massenfeuer des groben Geschützes unter der Führung des freisinnigen Batteriechefs und eine nach bekannter Art gerittene Attacke der schwarzen Kavallerie, bei der der „Reichsregent" auf dem höchsten Pferde saß, das er aufzutreiben vermocht hatte. Herrn Richter's Angriff mißglückte auf der ganzen Linie. Er verschoß sein ganzes Pulver umsonst; mit einer wahrhaft bemitleidenswerthen Regelmäßigkeit schlugen alle seine rednerischen Projektile neben das Ziel, so daß die Herren am Bundesrathstische heiter lächelnd dasitzen und glauben konnten, sie befänden sich überhaupt nicht in der Feuerlinie. Der schon nicht mehr kolossale, sondern geradezu kolossive Mißerfolg des freisinnigen Reichsnörglers erklärt sich einfach und leicht, wenn man sich vor Augen hält, welche unmögliche Aufgabe Herr Richter sich gestellt hatte. Es handelte sich um nicht mehr und nicht weniger als um das Problem, eine schnurgerade Sache mit allen Mitteln der Dialektik krumm zu machen. Zur Erreichung dieses Zweckes leistete Herr Richter allerdings — das muß man anerkennen — das Menschenmögliche. Er stellte Thatsachen spielend auf den Kopf, schob der Regierung im Handumdrehen falsche Beweggründe unter, beschwor den salzwasserfeindlichen Schatten des verflossenen Grafen Caprivi, appellirte in beweglichen Tönen an die Steuerfurcht im Reiche und den Einzelstaaten, schlenkerte die ganze Flottenfrage als eine „sekundäre" Sache leichthin von sich ab und schüttelte dazu allerhand Witze älteren Kalibers aus seinem oppositionellen Aermel. Es half aber Alles nichts. Wo jeder, auch der geringste sachliche Einwand fehlt, da erreicht selbst die robuste Intelligenz eines Richter nicht aus, um der Mehrheit ein X für ein U zu machen und die Erkenntniß patriotischer Nothwendigkeiten am bahnbrechenden Vordringen zu hindern.

Schon der äußere Aufbau der Rede des Herrn Richter zeigte, daß er dieses Mal selbst nicht an sich glaubte. Er, der sonst so glänzende, unerbittliche Logiker, redete hin und her und konnte nirgends den Fußpunkt finden, von dem aus er den Hebel zur Sprengung der Vorlage hätte ansetzen können. Seichtigkeiten wie die folgenden: „Eine solche Machtentfaltung wie zur Zeit in China sei noch nie dagewesen und die Verwaltung müsse „also" die vorhandene Wehrkraft zur See für genügend halten", „der Entwurf sei gar kein Septennat, sondern ein Aeternat (d. h. ein für ewige Zeiten festgestellter Entwurf)" bilden das ganze „sachliche" Rüstzeug, dessen sich Herr Richter bei der Bekämpfung der Vorlage bediente. Der siebenjährigen Bindung des Etatsrechts glaubte Herr Richter den Todesstoß versetzen zu können mit der in ihrem krassen Widerspruch zur Wirklichkeit echt „freisinnigen" Behauptung, die Erfahrung hätte gezeigt, wie nothwendig es sei, daß der Reichstag völlig freie Hand behalte in der Bewilligung von Marineforderungen! Am armseligsten war der Witz des Herrn Richter, als er die deutschen Kriegsschiffe, die im Auslande die deutschen Staatsbürger zu schützen berufen sind, mit den — Berliner Schutzleuten verglich, die im Nothfalle nicht zu finden seien. Offenbar unter der unmittelbaren Einwirkung dieser fürchterlichen Fadheit standen die gleich daraufolgenden Ausführungen, in denen Herr Richter darauf hinwies, daß wir doch auch nicht für unsere Landsleute in Oesterreich einträten. Der freisinnige Führer galt doch bis jetzt wenigstens für einen gewiegten Kenner öffentlich-rechtlicher Verhältnisse. Er hat sich aber bereits einmal von dem preußischen Finanzminister Herrn Dr. v. Miquel sagen lassen müssen: „Studiren Sie Nationalökonomie, Herr Richter!" und nach der jetzigen Leistung wird er sich den weiteren Rath gefallen lassen müssen: „Studiren Sie Staatsrecht, Herr Richter!" „Landsleute" und „Staatsbürger" ist ein himmelweiter Unterschied, der es zu Wege bringt, daß wir den Kämpfen unserer österreichischen Landsleute als einer inner-österreichischen Angelegenheit ruhig zusehen müssen, während die deutschen Missionare in China und Herr Lüders in Port-au-Prince deutsche Staatsbürger, also Angehörige des Deutschen Reiches selbst sind, deren Rechte und Interessen die Kriegsmarine des Reiches zu schützen hat.

Die finanzpolitischen Darlegungen Herrn Richter's hatten dieses Mal ebenfalls unter der Verwässerung des Gesammtinhalts der Rede zu leiden. Der Redner wußte zu diesem Kapitel im Grunde genommen nichts weiter zu sagen, als daß mit jedem Jahre neue höhere Ausgaben in Aussicht stehen und daß schließlich einmal der Reichsbankerott eintreten muß, wenn nicht — zu dem Schlusse kommt man bei unbefangener Würdigung des ganzen Lamentos mit Nothwendigkeit — Herr Richter rechtzeitig zum Reichsfinanzminister eingesetzt wird. Daß im Uebrigen auch nicht die leiseste Andeutung gegeben wird, was denn nun eigentlich gethan, wie es besser gemacht werden soll, ist ein selbstverständliches Charakteristikum dieser wie aller übrigen Reden der freisinnigen Volkstribunen. Geradezu klassisch darf die Art genannt werden, wie der Sprecher der Reichspartei, Graf v. Arnim, der Namens seiner Partei eine wohlwollende Behandlung der Vorlage in der Kommission befürwortete, Herrn Richter ob seiner Unfruchtbarkeit in positiver Beziehung abfertigte. Er meinte nämlich, Herr Richter mit seiner ewigen Kritik möge doch selbst einmal einen Flottenplan aufstellen. Wahrscheinlich werde dieser dann „unter aller Kritik" sein und deshalb keine Kritik nöthig haben. Freilich, Herr Richter braucht sich solche Mühe nicht zu geben. Er kann sich's bequemer machen, weil er nur nöthig hat, immer und immer wieder, wie auch dieses Mal, den Refrain zu wiederholen: „Wir lehnen jedes Eingehen auf die Vorlage von vornherein ab." Sela!

Herr Dr. Lieber war dem Beherrscher aller Freisinnigen in der „Richtigkeit" entschieden „über", da er sachlich auf den Gegenstand einging. In der „Fixigkeit" hatte er es aber nicht so eilig, indem er weder direkt Ja, noch direkt Nein sagte, sondern erklärte, seine politischen Freunde seien der Meinung, daß sie es der Wichtigkeit der Sache, sich selbst, der Regierung und dem Vaterland schuldeten, die Vorlage einer ernsten Prüfung zu unterziehen. Dabei verfuhr der Redner nach der Methode der alten griechischen Kämpfer, die erst die Stärke des Gegners rühmend hervorhoben, um nachher ihren Sieg um so ruhmvoller erscheinen zu lassen. Herr Dr. Lieber pries nämlich im Anfange seiner Rede die unabsehbare Tragweite der Entscheidung, vor die sich der Reichstag jetzt gestellt sehe, mit hohen Worten. Damit sollte offenbar der Regierung bedeutet werden, wie hoch das patriotische Verdienst des Centrums zu bemessen und zu bewerthen sei, wenn es schließlich der Vorlage zum Siege verhelfe. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen sprach der Redner allerdings niemals von einer Annahme des Entwurfs durch das Centrum schlechtweg, sondern gab stets nur der Hoffnung Ausdruck, daß eine „Verständigung" mit der Regierung gelingen werde.

Sehr bedenklich vom Standpunkte einer gesunden Finanzpolitik waren die Stellen der Lieber'schen Rede, die sich auf die finanzielle Durchführung der Vorlage beziehen. Der Centrumsführer erklärte nämlich, daß betreffs der Vermehrung der indirekten Steuern mit seiner Partei auf keinen Fall ein Geschäft mehr zu machen sei, daß dagegen die Einführung einer direkten Reichssteuer „schon diskutabler" erscheine. Eine Reichseinkommensteuer wäre die drückendste steuerpolitische Maßnahme, die sich überhaupt denken läßt. Sollten die Demokraten vom Schlage des Herrn Dr. Lieber und Genossen für diesen Gedanken ernstlich Propaganda machen, so wird von Seiten der nationalen Parteien rechtzeitig entgegengearbeitet werden müssen in dem Sinne, daß die noch unerschlossenen großen indirekten Steuergebiete der steuerpolitischen Verwerthung erschlossen werden. Die „Hamb. Nachr." haben übrigens gleich bei dem Beginn der Erörterung der Marinevorlage in der Presse die Aufmerksamkeit auf die bestehenden Verhältnisse in der Bierbesteuerung gelenkt. Nach dieser Richtung wird jedenfalls der erste Zugriff zu erfolgen haben, wenn sich einmal das Bedürfniß einer wesentlichen Erhöhung der Einnahmen als unausweichlich herausstellen sollte. Was Herr Dr. Lieber sonst noch über die Auflegung einer besonderen direkten Reichssteuer auf „die an der Flottenvermehrung besonders interessirten Kreise der Nation" vorbrachte, ist nicht ernst zu nehmen. Ein solcher Grundsatz, der folgerichtig dazu führen müßte, daß die Nation nicht mehr ein Ganzes, sondern nur noch verschiedene Gruppen von „Interessenten" darstellte und daß von diesen die öffentlichen Lasten nach dem Maßstabe des jeder Gruppe zufließenden staatlichen Nutzens zu tragen wären, ist mit einer nationalen Politik ganz unverträglich. Freiwillige Sammlungen — gewiß; aber zwangsweise Sonderbesteuerung — niemals!

Das Ergebniß des zweiten Verhandlungstages glaubt die „Germania" auf Grund der Rede des Herrn Dr. Lieber dahin festlegen zu sollen, daß die Marinevorlage in der gegenwärtigen Form und Fassung keine Aussicht auf Annahme habe. Ein gewisses leises Entgegenkommen gegenüber dem Centrumsredner, das der Marinestaatssekretär Herr Tirpitz durchblicken ließ, indem er den Vorschlag einer Bindung der Regierung auf gewisse Summen als erwägenswerth bezeichnete, mag vielleicht zu dem bestimmten Urtheil der „Germania" beigetragen haben. Andererseits ist aber zu bedenken, daß die Haltung des eigentlich leitenden rheinischen Organs des Centrums gegenüber der neuesten Wendung in unserer Marinepolitik von dem unfreundlichen Standpunkte des Berliner ultramontanen Blattes wesentlich abweicht. Das berechtigt einstweilen zu der Hoffnung, daß das Centrum es im Augenblick der endgiltigen Entscheidung doch nicht auf eine Kraftprobe seiner oppositionellen Gelüste ankommen lassen, sondern durch seine Zustimmung zu der Vorlage die Regierung der bitteren Nothwendigkeit überheben werde, von dem schlecht unterrichteten jetzigen Reichstag an einen besser unterrichteten neugewählten Reichstag zu appelliren.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 8. Dezember.

* **Hamburg.** Die „Hamburger Nachrichten" melden: Bei dem Besuche des Prinzen Heinrich in Friedrichsruh stellte Dr. Schweninger die völlige Wiederherstellung des Fürsten Bismarck von seinem unbequemen und schmerzhaften Leiden in absehbarer Zeit in Aussicht. Beim Abschied sagte der Prinz: „Ich darf doch auch die Stirn berühren, die mein Großvater so oft geküßt," und er küßte den Fürsten auf Stirn und Wange. Der Fürst wünschte dem Prinzen gute Fahrt, guten Erfolg und gute Heimkehr.

* **Altona.** Prinz Heinrich stattete Nachmittags, von Friedrichsruh kommend, dem Generaloberst Grafen v. Waldersee einen einstündigen Besuch ab. Vor der Abfahrt begrüßte der Prinz das auf dem Perron aufgestellte Offizierskorps. Auf die Ansprache des Grafen Waldersee, der dem Prinzen gutes Soldatenglück wünschte, antwortete der Prinz: „Ich danke herzlich für die freundlichen Worte. Meine Herren, ich bitte mir zu glauben, daß, wenn ich hinausgehe dorthin, wohin die Gnade Sr. Majestät des Kaisers mich sendet, ich dem Kaiser danke, daß er dieses Vertrauen in mich gesetzt hat. Im Namen des Kaisers zu seiner Ehre und zur Ehre des Vaterlandes werde ich meines Amtes walten. Se. Majestät der Kaiser lebe hoch!" Kräftig stimmten die Offiziere in das Hoch ein. Der Prinz reiste sodann nach Kiel ab.

* **Wien.** Der Ministerpräsident Frhr. v. Gautsch erklärte den Herren Jaworski und Funke als Vertrauensmännern der Majorität und der Linken, er nehme deren Mittheilungen betreffs Anbahnung ruhiger parlamentarischer Verhandlungen dankend zur Kenntniß und betrachte die diesbezüglichen Besprechungen derzeit für abgeschlossen.

* **Wien.** Wie die „Neue Freie Presse" meldet, sind die Verhandlungen der Regierung mit den Parteien für jetzt ganz abgebrochen. Frhr. v. Gautsch erklärte heute dem Abg. Funke, dem Vertreter der Linken, daß die Regierung derzeit die Verhandlungen mit den Parteien des Parlaments nicht fortzusetzen gesonnen, aber ernstlich gewillt sei, sobald als möglich parlamentarische Zustände wieder herzustellen. Nunmehr wird die Entscheidung des Kaisers über die Quote, wonach Oesterreich und Ungarn zu den gemeinsamen Auslagen beizusteuern haben, eingeholt werden. Das Ausgleichsprovisorium, das Budgetprovisorium und die Rekruten-Aushebung würden durch kaiserliche Verordnung auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes bestimmt werden. In der parlamentarischen Zeit will die Regierung die Verhandlungen über die Regelung der Sprachenfrage in Böhmen und Mähren nicht mit den Parteiführern führen. Insbesondere soll versucht werden, berechtigten Einwendungen der Deutschen gegen die Doppelsprachigkeit der Beamten im deutschen Sprachgebiete Böhmens Rechnung zu tragen. Angesichts der Erregung in Prag ist die Einberufung des böhmischen Landtags für Dezember ausgeschlossen, da für die persönliche Sicherheit der deutschen Abgeordneten Niemand eine Garantie übernehmen könnte. Die deutsche Fortschrittspartei und die deutsche Volkspartei werden in den nächsten Tagen ein Manifest an das deutsche Volk erlassen.

Berlin. Offiziös wird geschrieben: Die über die jüngsten Personalveränderungen im auswärtigen Dienste und besonders über die Ernennung des Freiherrn v. Rotenhan zum Gesandten in Bern umlaufenden Vermuthungen entbehren der Begründung. Freiherr v. Rotenhan ist sieben Jahre lang Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt gewesen und es ist nur natürlich, daß er selbst den Wunsch hatte, wieder im äußeren diplomatischen Dienst thätig zu sein, weshalb ihm der Posten in Bern, der zu unseren wichtigsten Gesandtschaftsposten gehört, übertragen wurde. — Dem Bundesrath ist der Entwurf einer Konkursordnung zugegangen. — Ueber den früheren türkischen Botschafter in Berlin Ghalib Bey wird aus Konstantinopel gemeldet: Auf die Bemühungen des deutschen Botschafters Freiherrn v. Marschall empfing der Sultan Ghalib Bey in einer besonderen Audienz und verlieh ihm ein hohes Amt im persönlichen Dienste des Sultans, zugleich gab der Sultan die Anweisung, das gesammte rückständige Botschafter-Gehalt Ghalib Bey sofort auszuzahlen. — In einer Betrachtung über die Aussichten des Flottengesetzes meint die „Voss. Ztg.": Kommt das Gesetz zu Stande, so scheidet die Flottenfrage aus dem Wahlkampf allenthalben aus. Die Linke wird sich nicht in das eigene Fleisch schneiden, indem sie gleichwohl noch nachträglich diese Frage zur Wahlparole macht und dadurch Gefahr läuft, überhaupt keinen Gesinnungsgenossen zu finden, es sei denn in der Sozialdemokratie. Eine Wahltaktik, bei der man nur die Sozialdemokratie als Freundin anzusprechen hätte, wäre für die freisinnige Volkspartei mit politischem Selbstmord gleichbedeutend.

Kiel. Die Panzerschiffe „Brandenburg" und „Württemberg" kollidirten auf der Fahrt nach Christiania. Die „Brandenburg" erlitt Havarie am Vorderschiff und mußte zur Reparatur hierher zurückkehren. Die „Württemberg" blieb unbeschädigt.

Münster (Westfalen.) Wegen Verbots einer Maskerade am Nikolaus-Abend kam es in Steinfurt zu wüsten Krawallen. Hunderte von Menschen verhöhnten die Polizei und warfen mit Steinen nach ihr, es fielen sogar Revolverschüsse. Ein Polizist wurde durch einen Steinwurf am Kopfe verwundet. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Wien. Der heute Nachmittag stattgefundenen Einsegnung der Leiche des Admirals Freiherrn v. Sterneck wohnten Kaiser Franz Josef, die Erzherzöge, der deutsche Admiral Köster als Vertreter des deutschen Kaisers, die Minister, mehrere Botschafter und Staatswürdenträger bei.

Prag. Der Sohn des Bürgermeisters von Prag sitzt als einer der Anführer bei den Revolten im Gefängniß.

Madrid. Ministerpräsident Sagasta erklärte einem Berichterstatter, er finde den Inhalt der Botschaft Mac Kinley's zufriedenstellend, da die Drohung, auf Cuba zu interveniren, nur ausgesprochen sei, um einen Theil der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten zu befriedigen, ohne daß die Absicht bestehe, die Drohung auszuführen. Der spanischen Regierung würde die Botschaft zu Bemerkungen keinen Anlaß geben. Die Cortes würden erst einberufen werden, wenn die Regierung in der Lage sein werde, die Wirkung zu beurtheilen, welche die Botschaft auf den Kongreß ausübt.

London. Die „Saint James Gazette" erfährt aus angeblich zuverlässiger Quelle, daß die Regierung wegen der Frage der Territorien am oberen Nil keine Störung der Beziehungen zu Frankreich erwarte. Das strittige Gebiet sei werthlos, jedoch könne jede Macht, die es besitze, den Lauf des Nils ablenken und so Egypten in eine Wüste verwandeln. Frankreich wisse dies und werde sich damit abfinden.

London. Nach einer „Times"-Depesche aus Peking billigte China, in der Hoffnung auf Räumung von Kiao-Tschau, bedingungslos alle Forderungen Deutschlands, nämlich Entschädigung der Familien der ermordeten Missionare, Errichtung einer Gedenkkirche in Tsiningtschau am Großen Kanal sowie einer kaiserlichen Gedenktafel in Kiune, dauernde Degradirung des Gouverneurs Li-Ping-Sching, Zahlung der Kosten der Besetzung Kiao-Tschaus, Zuwendung von Bergbau- und Eisenbahnbauvorrechten in der Provinz Schantung, im Inhalt ähnlich dem ersten Satz des Artikels 5 der französischen Konvention vom Juni 1875. — Eine weitere Depesche aus Shanghai besagt, China willige auch in die zeitweilige Abtretung Kiao-Tschaus für den Gebrauch der deutschen Marine. — In Derby wurde gestern vom Generalausschuß des Nationalverbands der liberalen Vereine Großbritanniens das Programm der liberalen Parteien festgestellt. Es umfaßt folgende Hauptpunkte: Reform des Oberhauses durch Abschaffung seines Veto, durchgreifende Wahlreform: Jeder volljährige Mann soll eine Stimme haben und das parlamentarische Wahlrecht auf Frauen ausgedehnt werden.

Petersburg. Der Grenzkommissar des Süd-Ussuri-Gebietes, Matunin, ist zum Geschäftsträger und Generalkonsul auf Korea ernannt worden.

Port au Prince. Die Regierung hat die Forderungen des deutscherseits gestellten Ultimatums erfüllt. Daraufhin sind von dem deutschen Geschäftsträger die im Augenblick der Ueberreichung des Ultimatums abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen worden.

Die heutige **Berliner Börse** war im Ganzen gut behauptet. Nachrichten über die politische Lage in Oesterreich drückten etwas auf österreichische Werthe, während die übrigen Werthe fester waren; doch hielt die Geschäftslosigkeit weiter an, weil der Zinsfuß ein hoher bleibt und man zum Jahreswechsel eine weitere starke Versteifung des Geldstands erwartet. Für Bergwerke bestand lebhafteres Interesse. Auch Eisenbahnen beachtet, da man annimmt, daß die Marinevorlage werde angenommen werden, infolgedessen sind größere Aufträge für Hüttenwerthe zu erwarten. Auch amerikanische Bahnen auf hohe Londoner und New-Yorker Kurse besser. Banken fest, nur Kreditaktien auf stärkeres Angebot abgeschwächt. Von fremden Renten Mexikaner fest, Italiener wenig verändert. Der Schluß war still. Privatdiskont 4½ Prozent. — In Getreide und Mühlenfabrikaten fand kein offizieller Verkehr statt. Loco-**Spiritus** war auf größere Zufuhren und geringe Kauflust ausgesprochen matt, es wurden bezahlt: für 70er 32,2, für 50er 57,8 Mk. Termine lagen auf Realisationen und Abgaben schwach. Für **Getreide** war am Frühmarkt wie im Mittagsverkehr die Haltung ausgesprochen fest. Ziemlich lebhaft war das Geschäft auf Lieferung, namentlich Weizen auf kräftiges Anziehen der Preise an den nordamerikanischen Plätzen, wie auf Deckungen und Neukäufe am Platze, sehr fest und 1½ bis 2 Mk. höher. Roggen gut begehrt und etwa 1 Mk. höher; Hafer gut gefragt, doch war die Haltung auf größere Zufuhren etwas abgeschwächt. Nach Ermittelung der Centralnotirungsstelle der preußischen Landwirthschaftskammern wurden bezahlt in Berlin: Weizen 190, Roggen 145,50, Hafer 151 Mk.; in Stettin-Stadt: Weizen 180—181, Roggen 135—137, Hafer 135—139 Mk. — Wetter: Regen, Südsüdwestwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 299,10. Diskonto 200,60. Dresdner Bank 158,80. Staatsbahn —,—. Lombarden 70⅝. Laurahütte 179,10. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Fest.

Paris. (3 Uhr Nachmittags.) Rente 103,62. Italiener 93,37. Spanier 61,00. Portugiesen 20,60. Türken 22,05. Türkenloose 113,00. Ottomanbank 565,00. Staatsbahn 730,00. Lombarden —,—. Unregelmäßig.

London. Produkten-Bericht. Sämmtliche Getreidearten ruhig. Preise unverändert. — Wetter: Bewölkt.

Pfund's sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.

SLUB
Wir führen Wissen.